

Niederschrift

über die 26. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung
am Montag, den 07.09.2020 im Christian-Wirth-Saal auf dem Schlossgarten-Campus

Sitzungsbeginn: 19:31 Uhr

Sitzungsende: 21:10 Uhr

An der Sitzung nehmen teil:

A. Von der Stadtverordnetenversammlung

CDU:

Liese, Gerhard
Becker, Rolf
Bertz, Claudia
Drexelius, Matthias
Haase, Andreas
Holzbach, Markus
Jackson, Alexander
Kiesow, Stefan
Paulus, Hans-Georg
Pöhlmann, Klaus
Salguero-Grau, Conchita – ab TOP 8
Schmidt-Winterstein, Dietmar
Sussmann, Kevin
Zorn, Irene

SPD:

Ebel-Theuerkauf, Leonie
Hahn, Birgit
Harnoth, Reinhold
Kuhlbrot, Hans – ab TOP 5
Lotz, Helga
Maibach, Jürgen
Müller, Bernhard
Ruß, Ortwin
Schütrumpf, Heinz
Walle, Walter

FWG:

Brötz, Joachim
Herber, Hellwig
Müller, Brunhilde
Peretzki, Peter
Saltenberger, Joachim

B 90/Grüne:

Enslin, Ellen
Maas, Rüdiger
Weinreich, Susanne

FDP:

B. Vom Magistrat

Wernard, Steffen
Fritz, Dieter
Böhringer, Heino
Fritz, Reiner
Hahn, Michael
Hahn, Raymond
Jack, Werner
Lichtenthäler, Erwin
Roth-Peters, Maria
Seidenstücker, Gerd

C. Vom Ausländerbeirat

Mescheder, Kibar

D. Vom Seniorenbeirat

Huschka, Monika
Schäper, Charlotte

E. Entschuldigt fehlten

Müller, Helmut
Sielemann, Manfred
Wagner, Katherine

F. Von der Verwaltung

Schach, Beate

G. Gäste

1 Bürger
2 Pressevertreter

Brähler, Gerhard
Brähler, Veronika
Keth, Ulrich

Stadtverordnetenvorsteher Liese eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Entschuldigt haben sich die Stadtverordneten Müller, Helmut und Sielemann, Manfred und vom Ausländerbeirat Frau Wagner, Katherine.

1. Feststellung der form- und fristgerechten Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Herr Stadtverordnetenvorsteher Liese stellt die form- und fristgerechte Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

2. Genehmigung der Tagesordnung

Es gibt keine Einwände gegen die Tagesordnung. Stadtverordnetenvorsteher Liese schlägt vor, die Punkte ohne Aussprache à Block abzustimmen. Auch hier gibt es keine Einwände. Die Tagesordnung ist somit so beschlossen.

3. Genehmigung der Niederschrift der letzten Sitzung vom 30.06.2020

Beschluss

Die Niederschrift der letzten Sitzung wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis
Einstimmig, 3 Enthaltungen (Grünen)

4. Mitteilungen des Stadtverordnetenvorstehers

Stadtverordnetenvorsteher Liese berichtet aus der Ältestenratssitzung vom 31.08.2020. Hierzu wird auf die Niederschrift der Ältestenratssitzung verwiesen.

5. Mitteilungen des Magistrats

Bürgermeister Wernard berichtet über

- die geplanten Rückerstattungen der Kindergartengebühren für die Monate April, Mai und Juni. Es wird vorgeschlagen, für die drei Monate eine Kostenfreistellung für die Eltern zu beschließen. Dies wird für die nächste Sitzungsrunde vorbereitet.
- die WABE e.V.. Die Kita ist jetzt im Probebetrieb und betreut zurzeit 15 Kinder, davon 7 U3 Kinder und 8 Ü3 Kinder. Diese kommen alle aus Usingen. Zum Thema Kostenbeiträge konnte man sich mit WABE einigen. Es wird zukünftig einen Link auf der WABE-Homepage geben, der direkt auf die Kostenbeiträge der Stadt verweist. WABE erhebt die gleichen Kostenbeiträge wie die Stadt Usingen. Dies gilt aber nur für die Usinger Kinder und nur für die Betreuungszeiten, die in den städtischen Kitas gelten. WABE bietet zusätzlich eine Betreuung von 6:00/6:30 Uhr an. Für diese Zeit wird eine Sondergebühr fällig und auch für die auswärtigen Kinder wird die Gebühr von WABE selbstständig festgelegt.
- zum Thema Aufzug neuer Marktplatz: Ende August erreicht uns eine Mitteilung vom Eigentümer, dass Teile bestellt worden sind. Die Reparatur kostet ca. 8.000 €. Der Eigentümer

wurde gebeten, bei jedem Fall des Vandalismus eine Anzeige zu erstatten, damit man eine Chance auf eine Kameraüberwachung bekommt.

- zum Thema Ladestationen:

	zugelassene Fahrzeuge mit E-Kennzeichen	davon rein elektrisch	teilelektrisch (Hybrid)
Usingen	70	44	26
Grävenwiesbach	17	10	7
Schmitten	59	35	24
Weilrod	23	18	5
Neu-Anspach	81	50	31
Wehrheim	62	40	22

	Zugelassene USI-Kennzeichen
Usingen	2.661
Grävenwiesbach	650
Schmitten	460
Weilrod	898
Neu-Anspach	909
Wehrheim	762

- die Artikel aus den heimischen Zeitungen betreffend die Sitzung des Ortsbeirats Usingen und die darin enthaltenen haltlosen Unterstellungen gegen Herrn Bleher und die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Ordnungsbehörde sowie die Androhung und Ankündigung einer Dienstaufsichtsbeschwerde gegen Herrn Bleher. Herr Bürgermeister Wernard stellte die Tatsache umfassend dar und erwiderte die Aussagen vom Stadtverordneten Bernhard Müller.

Stadtverordnetenvorsteher Liese versteht die ausführliche Berichterstattung des Bürgermeisters und äußert die Bitte, dass man so nicht miteinander umgehen sollte. Das gilt für die Stadtverordneten sowie die Verwaltung. Wenn es Punkte zu sagen gibt, die kritisch sind, dann sollte man diese fair und offen miteinander austragen.

SPD-Fraktionsvorsitzender Müller nimmt hierzu kurz Stellung und entschuldigt sich ganz ausdrücklich bei Herrn Bleher. Es war nicht beabsichtigt, jemanden anzugreifen. Wenn das in der Presse so gestanden hat, ist es wohl nicht richtig rübergekommen.

Stadtverordnetenvorsteher Liese bittet beide Parteien dies intern zu klären und ruft den Punkt 6 auf.

6. Fragestunde

6.1 Schriftliche Fragen

Stadtverordnetenvorsteher Liese teilt mit, dass eine schriftliche Frage der Fraktion B90/Die Grünen vorliegt. Bürgermeister Wernard teilt hierzu mit, dass die Fragen beantwortet werden, wenn die Zeit dies zulässt. Die Beantwortung der teilweise sehr komplexen Fragen sei mit einem hohen Arbeitsaufwand verbunden. Es müssten alle Bauanträge durchgeschaut werden, dafür haben wir derzeit keine Personalkapazitäten.

6.2 Mündliche Fragen

Stadtverordneter Keth möchte wissen, ob die Stadt Usingen gegenüber der MAINOVA AG den Wunsch geäußert hat im Vertragsgebiet der Gasversorgung ein Kundencenter zu eröffnen? Wenn dies noch nicht geschehen ist, wann wird das geschehen? Hierzu wird Bezug auf §20 (t) Wegenutzungsvertrag genommen.

Bürgermeister Wernard teilt mit, dass dies noch nicht möglich ist, da der Vertrag noch nicht wirksam geworden ist. Die Bindefrist ist noch nicht abgelaufen, sobald das erfolgt ist, wird der Vertrag abgearbeitet.

B90/Die Grünen-Fraktionsvorsitzende Enslin nimmt Bezug auf die letzte WULF-Sitzung. Dort wurde unter anderem das Thema Social-Media-Post angesprochen. Vor diesem Hintergrund stellt sich folgende Frage: Gibt es Ziele und ein Konzept für die Social Media-Aktivitäten der Stadt Usingen?

Bürgermeister Wernard teilt mit, dass das im Moment von Frau Willer abgearbeitet wird. Zum Einen wird auf die Ereignisse hingewiesen, wenn Feste/Sitzungen anstehen. Es wird aber auch zum Beispiel mit Naturbildern eingeladen, dass die Menschen in die Natur gehen. Es wird versucht immer tagesaktuell zu sein. Es gibt kein Konzept in der Schublade, wo jetzt steht, diese Dinge sollen gepostet werden und diese nicht.

B90/Die Grünen-Fraktionsvorsitzende Enslin fragt nochmals nach Sinn und Zweck bzw. welche Ziele verfolgt werden.

Bürgermeister Wernard teilt mit, dass natürlich Ziele verfolgt werden. Wenn man z.B. auf Instagram geht, will man auch versuchen, die Leute nach Usingen zu locken. Auch wegen der Gastronomieangebote oder der Geschäftswelt, hier wird immer informiert. Das Ziel ist sowohl die Natur als auch die Gastronomie in den Fokus stellen aber auch die Gewerbebetriebe oder gerade die Geschäfte in der Innenstadt die Aktionen haben, dass man das eben dem Publikum präsentiert. Die Stadt Usingen hat mittlerweile über 1.000 Follower und erreicht damit auch andere Bevölkerungsgruppen.

Weitere Fragen liegen nicht vor.

7. Berichterstattung der Ausschussvorsitzenden

Keine Wortmeldungen.

A. Punkte mit Aussprache

8. Antrag der CDU-Fraktion vom 22.08.2020 zur Situation am Hattsteinweiher

CDU-Fraktionsvorsitzender Jackson erläutert ausführlich den gestellten Antrag und bittet noch um Aufnahme der DLRG, die im Antrag versehentlich vergessen wurde.

Stadtverordnetenvorsteher Liese teilt mit, dass ein Änderungsantrag der Fraktion B90/Die Grünen vorliegt.

Stadtverordneter Maas teilt mit, dass die Grünen-Fraktion diesen Antrag sehr begrüßt und erläutert den Änderungsantrag. Es wird beantragt den Antrag an den WULF zu verweisen, bevor der Runde Tisch einberufen wird

Nach eingehender Diskussion aller Fraktionen schlägt Stadtverordnetenvorsteher Liese vor, über den Runden Tisch der CDU abzustimmen unter Einbeziehung der genannten Anregungen.

Fraktionsvorsitzender Jackson teilt mit, dass er mit dem Vorschlag des Stadtverordnetenvorstehers einverstanden ist.

Grünen-Fraktionsvorsitzende Enslin teilt mit, dass sie bei ihrem Änderungsantrag bleibt und bittet um Abstimmung beider Anträge.

Klarstellend wird ausgeführt, dass es sich hierbei um drei Anträge handelt, einmal den Antrag der Grünen-Fraktion beide Anträge an den WULF zu verweisen, den Änderungsantrag der Grünen-Fraktion und der dritte Antrag ist der Antrag der CDU-Fraktion, der als letzter abzustimmen ist.

Stadtverordnetenvorsteher lässt nun über den Antrag (Verweisungsantrag an den WULF) der Fraktion-B90/Die Grünen abstimmen:

Abstimmungsergebnis:
6 Ja-Stimmen (Grünen und FDP)
28 Nein-Stimmen
1 Enthaltung (SPD)

Damit ist der Verweisungsantrag abgelehnt.

Nun wird über den Änderungsantrag der Fraktion B90/Die Grünen abgestimmt:

Abstimmungsergebnis:
4 Ja-Stimmen (Grünen und FDP)
29 Nein-Stimmen
2 Enthaltungen (FDP)

Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Abschließend wird über den CDU-Antrag abgestimmt.

Beschluss-Nr. XI/91-2020

Der Magistrat wird gebeten einen Runden Tisch mit allen relevanten Akteuren am Usinger Hattsteinweiher zu initiieren. Hierzu gehören insbesondere Landespolizei, Ordnungsamt, ein Vertreter des Restaurants am Hattsteinweiher, Fischereiverein, Forstvertreter und DLRG. Dazu soll jeweils ein Vertreter der Fraktionen in der Usinger Stadtverordnetenversammlung an den Gesprächen, welche unter Führung des Bürgermeisters oder einem seiner Vertreter stattfinden sollen, teilnehmen. Ziel dieses „Runden Tisches“ soll sein, dass Besucherströme besser gelenkt und auch bei großem Besucherandrang für alle vertretbare Lösungen gefunden werden können. Der Magistrat wird gebeten, die Ergebnisse des Runden Tisches der Stadtverordnetenversammlung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis
Einstimmig, 7 Enthaltungen (3 B90/Grünen, 3 FDP, 1 SPD)

9. Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 23.08.2020 "Update sichere Schullerradrouten in Usingen"

Grünen-Fraktionsvorsitzende Enslin erläutert ihren gestellten Antrag und bittet um Zustimmung. Stadtverordnete Hahn erläutert den von der SPD gestellten Änderungsantrag und bittet um Ergänzung.

Stadtverordneter Drexelius nimmt zu den gestellten Anträgen Stellung und bittet um Überweisung an den VBS und SJK.

Grünen-Fraktionsvorsitzende Enslin erläutert nochmals, was gefordert wird und ist mit der Überweisung an die Ausschüsse einverstanden.

Stadtverordnetenvorsteher Liese lässt nun über die beiden Anträge abstimmen.

Beschluss-Nr. XI/92-2020

Der Magistrat wird aktiv und überprüft die Routen im Schülerradroutenplaner Hessen (www.schuelerradrouten.de) zu den drei weiterführenden Schulen in Usingen, ob diese als sichere Routen zu sehen sind.

Folgende Routen sollen überprüft werden:

- Radrouten mit Hin- und Rückweg vom Schleichenbach Wohngebiet (unterschiedliche Startpunkte) hin zur Helmut-Schmidt-Schule, zum Christian-Wirth-Gymnasium und der Saalburg-Schule.
- Radrouten mit Hin- und Rückweg aus dem „Musiker-Viertel“ (unterschiedliche Startpunkte) hin zur Helmut-Schmidt-Schule, zum Christian-Wirth-Gymnasium und der Saalburg-Schule.
- Radrouten mit Hin- und Rückweg aus den Ortsteilen Eschbach, Kransberg und Wernborn zu den drei Schulen.

Der Magistrat setzt sich mit den Verantwortlichen der IVM GmbH in Verbindung, welche Möglichkeiten es gibt:

- die Radrouten zu verbessern und sicherer zu machen
- wie ein Schülerradroutenbeirat Usingen gebildet werden kann
- und welche Maßnahmen von der Stadt Usingen erbracht werden können

Die vorgesehene Aktivität des Magistrats wird auch auf den Bereich Fußwege zu den aufgeführten Schulen erweitert mit dem Ziel, für Schüler einen aktuellen Fuß- und Fahrradroutenplan vorzulegen.

Die beiden Anträge werden an den VBS und den SJK überwiesen.

Abstimmungsergebnis
Einstimmig, 0 Enthaltungen

10. Gründung einer stadt eigenen Immobiliengesellschaft

Stadtverordnete Hahn erläutert nochmals, warum der Antrag nicht schon jetzt für erledigt erklärt werden sollte und zeigt anhand eines Beispiels der Stadt Oberursel auf, wie es dort funktioniert. Weiterhin zitiert sie aus einem Artikel der Taunus Zeitung, wonach der Deutsche Städtetag auf dieses Thema eingeht. Sie bittet deshalb der Vorlage nicht zuzustimmen.

Es besteht Konsens der Fraktionen CDU, Grünen, FWG und FDP, dass der Antrag der SPD-Fraktion nicht umsetzbar ist und somit der Vorlage der Verwaltung zugestimmt wird.

Beschluss-Nr. XI/82-2020

Der Bericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.
Von einer weiteren Erörterung des Antrages wird Abstand genommen.

Abstimmungsergebnis
25 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen (SPD), 0 Enthaltungen

11. Änderung der Wasserversorgungssatzung

Beschluss-Nr. XI/89-2020

Es wird beschlossen die als Anlage beigefügte Wasserversorgungssatzung der Stadt Usingen in Bezug auf die aktuellen Datenschutzrichtlinien, sowie der Änderung der Wassergebühr für den Zeitraum 01.01.2020 bis 31.12.2020 auf 2,63 €/m³ Brutto anzupassen.

Abstimmungsergebnis
Einstimmig, 0 Enthaltungen

12. Beendigung der Bezuschussung von energetischen Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Neubau von Häusern im Baugebiet Schleichenbach II

Beschluss-Nr. XI/79-2020

Der Magistrat empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:
Die Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung vom 01.09.2008 mit der Nr. IX/84-2008 (Anlage 1) und vom 13.10.2014 mit der Nr. X/99-2014 (Anlage 2) über die Gewährung eines Kaufpreischlusses des Grundstücks beim Neubau eines energetisch gebauten Hauses in Schleichenbach II werden mit Wirkung zum 31.12.2020 aufgehoben.

Abstimmungsergebnis
Einstimmig, 0 Enthaltungen

B. Punkte ohne Aussprache

Stadtverordnetenvorsteher Liese lässt nun über die Punkte ohne Aussprache à Block abstimmen.

13. Erstellung einer neuen Gestaltungssatzung für den Altstadtbereich der Stadt Usingen

Beschluss-Nr. XI/84-2020

Es wird beschlossen:
Die Erstellung einer neuen Gestaltungssatzung soll durch Honoraranfrage und Leistungsbeschreibung ausgeschrieben und als Auftrag an ein externes Planungsbüro vergeben werden. Es sollen mind. fünf Bewerber zur Angebotsabgabe aufgefordert werden. Die Auftragsvergabe soll unter Abwägung der Bieterangebote freihändig erfolgen.
Für die Maßnahme sind Haushaltsmittel in Höhe von 20.000, € veranschlagt, der Anteil der Städtebauförderung durch ISEK liegt bei ca. 60%.
Auf Grundlage der bestehenden Gestaltungssatzung aus 1996/1997 soll das zu beauftragende Planungsbüro für den Altstadtbereich mit allen relevanten Beteiligten sowie der städtischen Gremien eine neue zeitgemäße und durchsetzbare Gestaltungssatzung erarbeiten.

Abstimmungsergebnis
Einstimmig, 0 Enthaltungen

14. Prostituiertenschutzgesetz (ProstSchG) Öffentlich-rechtliche Vereinbarung zur Übernahme der Aufgaben durch den Hochtaunuskreis

Beschluss-Nr. XI/80-2020

Es wird beschlossen eine Verwaltungsvereinbarung über die Übernahme von Aufgaben nach dem Prostituiertenschutzgesetz (ProstSchG) mit dem Hochtaunuskreis, vertreten durch den Landrat als örtliche Ordnungsbehörde abzuschließen.

Abstimmungsergebnis
Einstimmig, 0 Enthaltungen

Stadtverordnetenvorsteher Liese bedankt sich bei allen Anwesenden und wünscht einen guten
Nachhauseweg.

Usingen, 08.09.2020

Gerhard Liese
Stadtverordnetenvorsteher

Beate Schach
Schriftführerin

Alexander Jackson
CDU-Fraktion

Bernhard Müller
SPD-Fraktion

Ellen Enslin
Bündnis 90/Die Grünen

Brunhilde Müller
FWG-Fraktion

Gerhard Brähler
FDP-Fraktion